

in Zusammenarbeit mit den Provinzialbehörden ausgeübt wurde. Für Historiker der innenpolitischen Entwicklung im Kriege liegt hier eine wahre Fundgrube für eine Vielzahl von Themen vor. Die hervorragende Einleitung allein wird schon den Leser zu einer Reihe neuer Fragestellungen veranlassen. Möglicherweise ist nunmehr der Zeitpunkt gegeben, um auf der Basis der vorliegenden Edition zusammen mit anderen jüngeren Quellenpublikationen einmal eine umfassende Weltkriegsgeschichte unter strukturellen inneren Aspekten in Angriff zu nehmen, ein Pendant zur außenpolitischen Analyse Fritz Fischers vorzulegen.

Horst Lademacher

Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 – 1933, bearb. von Martin Schumacher (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 3: Die Weimarer Republik, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias und Rudolf Morsey, Bd. 1), Droste Verlag, Düsseldorf 1970, 425 S., Ln., 72 DM.

Über den Politiker, Staatsmann und Gelehrten J. V. Bredt stehen in der 17. Auflage des »Brockhaus« zwar 9 Zeilen zu lesen, gleichwohl wird man ihn wohl kaum zu jenen Personen des politischen Lebens vor allem der Weimarer Republik zählen dürfen, deren Name der breiten Öffentlichkeit ein wissendes »Ja« entlockt. Sicherlich ist nicht von vornherein anzunehmen, daß eine wissenschaftliche Edition vermehrte Kenntnis oder erhöhtes Interesse über den Kreis der Fachwelt hinaus hervorruft, dennoch ist Herausgebern und Bearbeiter für die Initiative und Sorgfalt zu danken, mit der sie Bredt in den Vordergrund gehoben und zugleich weitere Materialien zu einigen Aspekten der Weltkriegszeit und der Weimarer Republik vorgelegt haben. Die Edition dieser Autobiographie Bredts sowie einer Reihe von Berichten und Schreiben zu unterschiedlichen Sachgebieten ergänzt die Erinnerungsbücher des Demokraten Eugen Schiffer und des sozialdemokratischen Juristen und Rechtsphilosophen Gustav Radbruch. Die äußeren Daten des Mannes sind rasch aufgezählt. Bredt war Jurist und seit 1910 als Hochschullehrer in Marburg tätig. Seit 1911 vertrat er die Freikonservativen im Preußischen Landtag; 1918 nahm er an der Gründung der DNVP teil und kam nach dem Kapp-Putsch zur Wirtschaftspartei, die er von 1924 bis 1933 im Reichstag vertrat. Im 1. Kabinett Brüning fungierte er bis Dezember 1930 als Reichsjustizminister. Dieser äußere Rahmen der wissenschaftlichen und politischen Karriere wird in der Edition erfaßt. In einem ersten Teil kommen die 1933 vollendeten Lebenserinnerungen zum Abdruck, im zweiten Teil eine Vielzahl von bisher unveröffentlichten Archivmaterialien, in denen u. a. Fragen zur preußischen und mecklenburgischen Verfassungsproblematik sowie vor allem zur Politik der Wirtschaftspartei und zum Sammlungsversuch der bürgerlichen Mitte behandelt werden.

Will man Bredt – abgesehen von seiner Parteizugehörigkeit – politisch allgemein einordnen, dann stößt man sicherlich auf Schwierigkeiten, soweit es um Eindeutigkeit der Klassifikation geht. Der Bearbeiter hat in seiner sehr ausgewogenen und instruktiven Einleitung schon auf die Vielfalt des Urteils von Zeitgenossen Bredts hingewiesen. Auf jeden Fall aber wird man Bredt als einen Mann der Wilhelminischen Gesellschaft vorstellen dürfen, der zwar einerseits kaum als Freund der Republik und ihres ursprünglichen Wollens gelten kann, andererseits jedoch nüchtern und einsichtig genug war, die Republik als ein nicht mehr zu übersehendes Faktum hinzunehmen und daran schließlich auch mitzuarbeiten. Als Mann der Wilhelminischen Gesellschaft war Bredt im Krieg in der Zivilverwaltung in Polen und im Stab Oberost tätig und sah sich hier mit dem deutschen Expansionismus konfrontiert, den F. Fischer, W. Basler und G. Linde schon so eindringlich beschrieben haben. Er selbst war beteiligt an Entwürfen zur »Angliederung« Kurlands und Litauens (Angliederung begriffen als Lösung zwischen Annexion und Bündnis). Das war im Herbst 1918, als auch ihm

deutlich wurde, daß der Krieg verloren war. Aber: er »gab sein Bestes« für die Aufgabe, die ihm gestellt war, so teilt er in seinen Erinnerungen mit. Insgesamt bieten die wenigen Seiten der Lebenserinnerungen über die Ostgrenzen-Frage nicht so sehr neue politische Daten als vielmehr einen Einblick in die Probleme, mit denen sich die Reichsleitung in ihrem Expansionsstreben konfrontiert sah.

Bredt hat für die Gesamtproblematik des I. Weltkrieges überhaupt als »insider« zu gelten. Es ist daher auch kaum verwunderlich, daß er den Auftrag erhielt, für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Zusammenbruchs ein Gutachten über die Rolle des Reichstages im Krieg zu erstellen. Die Forschung hat sich bis heute auf diese gediegene Untersuchung gestützt und stützen dürfen. Bredt war es auch, der in den 20er Jahren in die Diskussion um den Bruch der belgischen Neutralität eingriff und die ganze Notrechts-Konzeption, die seit spätestens 1915 die Diskussion beherrschte und in den 20er Jahren in den Berliner Monatsheften Eingang fand, ablehnte, sich dabei an die Seite des österreichischen Völkerrechtlers K. Strupp stellend.

Innen- und parteipolitisch ist die Rolle Bredts in der Wirtschaftspartei sehr gut belegt. Die Dokumente sind für die Person Bredts wie für Parteigeschichte und -struktur in der Weimarer Republik von hohem Wert. Wenngleich eine Splitterpartei des bürgerlichen Mittelstandes, hat die Wirtschaftspartei im parlamentarischen »Zählverfahren« häufig die wichtige Funktion des ausschlaggebenden Faktors spielen können, sicherlich nicht immer zum Nutzen der Republik. Bredt hat dieser Partei, deren Plattform sich an berufsständischer Ordnung orientierte, seine ganze politische Kraft gewidmet und sich hier in Gänze als Mann der Wilhelminischen Gesellschaft erwiesen, der zwar nicht nach Restauration der Monarchie strebte, wohl aber alte Ordnungsvorstellungen in die neue politische Ordnung einbringen wollte. Wie sehr er zugleich ein Vertrauensmann der alten Kräfte war, zeigen sehr schön die Schreiben des Kronprinzen Wilhelm an ihn (S. 352 f.). Grundsätzlich ist festzuhalten, daß die hier vorgelegten Materialien zur Wirtschaftspartei und zur bürgerlichen Sammlungsbewegung eine wenn auch schmale, so doch nützliche Basis zur Geschichte und Auflösung einer Partei bieten, deren mittelständische Anhänger sehr bald den Weg zum Nationalsozialismus gefunden haben. Sie enthalten damit auch Daten zu einem allgemeinen Prozeß: zur Auflösung der bürgerlichen Mitte überhaupt.

Darin liegt die wesentliche, über die Person Bredts hinausgehende Relevanz der Ausgabe, die der Bearbeiter vortrefflich annotiert und mit einer vorzüglichen Einleitung versehen hat. Man ist in dieser Reihe auch nichts anderes gewohnt. Ein Register schlüsselt die Quellen sinnvoll auf.

Horst Lademacher

Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, bearb. von Werner Hahlweg (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 1: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 8), Droste Verlag, Düsseldorf 1971, LXXXIV, 737 S., Ln., 98 DM.

Von Brest-Litovsk zur deutschen Novemberrevolution. Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hopman, hrsg. von Winfried Baumgart. Mit einem Nachwort von Hans Herzfeld (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 47), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1971, 750 S., Ln., 118 DM.

Obwohl die »Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« bisher ausschließlich – entsprechend dem Titel – Materialien zur innenpolitischen Entwicklung enthalten, haben sich die Herausgeber dazu entschlossen, eine außenpolitische Doku-